

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نښاد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Reinhard Lauterbach

03.07.2020

VERFASSUNGSREFERENDUM RUSSLAND

Erfolg für Putin

Russland: Verfassungsabstimmung abgeschlossen. Unter anderem zwei weitere Amtsperioden für Präsidenten gebilligt



Evgenia Novozhenina/REUTERS

Mitglieder einer lokalen Moskauer Wahlkommission leeren nach der siebentägigen Wahl die Urnen (1.7.2020)

In Russland ist am Mittwoch die landesweite Abstimmung über das von Präsident Wladimir Putin vorgelegte Paket von Verfassungsänderungen zu Ende gegangen. Wie die Wahlkommission am Donnerstag morgen mitteilte, stimmten nach Auszählung von 99,7 Prozent der Wahllokale 77,93 Prozent der Teilnehmer für die Änderungen und 21,27 Prozent dagegen. Die Beteiligung betrug nach Angaben der Wahlkommission 65 Prozent. In der zentralasiatischen Region Tuwa nahmen 100 Prozent der Wahlberechtigten teil, von denen wiederum 90 Prozent der Verfassungsänderung zustimmten. Knapp dahinter lag

Tschetschenien mit Werten hoch in den Achtzigern. Die einzige Region, wo die Änderungen mehrheitlich abgelehnt wurden, war der Autonome Kreis der Nenzen in der Arktis. Die Region ist auf die Regierung nicht gut zu sprechen, weil sie gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung mit dem benachbarten Gebiet Archangelsk zusammengeschlossen werden soll.

Nicht ganz reibungslos

In Moskau und Nischni Nowgorod hatten die Behörden probeweise auch die Onlineabstimmung zugelassen – die Ergebnisse waren ernüchternd. In Moskau gab es unter den Onlinewählern 37 Prozent Gegenstimmen, im Gebiet Nischni Nowgorod waren es sogar 40 Prozent Neinstimmen. Das spricht dafür, dass die Verfassungsänderungen unter jüngeren und technikaffinen – im Klartext: relativ gut situierten – Bürgern auf überdurchschnittliche Skepsis stießen.

Die Abstimmung hatte am Tag nach der nachgeholten Siegesparade vom 24. Juni begonnen und eine Woche gedauert. Was Kritiker als Einfallstor für Manipulationen und »Korrekturen« bezeichneten, begründeten die Behörden mit der Pandemielage: Dadurch werde vermieden, dass in den Wahllokalen Gedränge und damit Ansteckungsgefahr entstehe.

Während die Wahlleitung vermeldete, es habe keine größeren Zwischenfälle und Störungen des Abstimmungsprozesses gegeben, wurde zumindest ein Fall bekannt, wo Polizisten gegen einen Journalisten vorgingen: In einem Petersburger Wahllokal versuchten Einsatzkräfte, einen Reporter des oppositionellen Portals *Mediasona* aus dem Gebäude zu drängen. Als dieser begann, die Gesichter der Beamten zu filmen, warfen sie ihn zu Boden, drehten ihm den Arm um und brachen diesen bei der Gelegenheit. Die Behörden beschuldigten den Reporter, er habe zu provozieren versucht. Das einzige von außen erkennbare Indiz für einen eventuellen solchen Versuch ist bescheiden: Der Reporter David Frenkel war offenbar nicht allein, jemand filmte den ganzen Vorfall mit einem anderen Handy und stellte ihn anschließend ins Netz. Den Behörden war die Sache nachträglich offenbar peinlich: Der Gouverneur von Sankt Petersburg kommentierte den Vorfall mit den Worten, auch Polizisten seien »nur Menschen«, offenbar seien jemandem »die Nerven durchgegangen«. Ansonsten notierten oppositionelle Medien wie die *Nowaja Gaseta* eine Vielzahl kleinerer Seltsamkeiten. Etwa, dass Wähler ins Lokal kamen und

feststellen mussten, dass schon jemand in ihrem Namen abgestimmt hatte. Aus Israel berichtete eine dort lebende Russin, sie habe sowohl in der Botschaft in Tel-Aviv als auch im Konsulat in Haifa abstimmen können.

Erneute Kandidatur möglich

Kernstück der insgesamt 208 zur Abstimmung stehenden Änderungen war die Bestimmung, dass jeder künftige Präsident nur noch zwei Amtszeiten haben soll. Allerdings werden dabei die bisherigen vier Amtszeiten von Putin nicht mitgezählt, so dass er, wenn er das will, 2024 erneut kandidieren und dann nach einer eventuellen Wiederwahl theoretisch bis 2036 an der Spitze Russlands stehen könnte. Ansonsten enthielten die Vorschläge institutionelle Verschiebungen zwischen den Staatsinstanzen, die dem breiten Publikum nach Umfragen weitestgehend egal blieben, sowie eine Reihe von Staatszielbestimmungen für den Geschmack eines konservativen oder von Sozialleistungen abhängigen Publikums. Unter anderem die Festlegung der Ehe auf eine Verbindung von Mann und Frau, Garantie eines öffentlichen Gesundheitswesens, regelmäßige Anpassung von Renten und Mindestlöhnen an die Inflation und der Tierschutz.

Junge Welt 02.07.2020